

Klimawandel bekämpfen heißt Kapitalismus überwinden

Der Juni war der heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen. Der Klimawandel ist kein Horrorszenario der Zukunft mehr, sondern bereits heute erlebbar. Jetzt stellen sich immer mehr PolitikerInnen als KlimaschützerInnen dar – aber hofieren dabei weiter die großen Unternehmen und deren klimaschädliche Profitmaximierung.

Der Juni hat in vielen Teilen Europas nicht nur neue Rekordtemperaturen, sondern auch zahlreiche Hitzetote und Waldbrände gebracht. Allgemein hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten die Anzahl von überdurchschnittlichen heißen Monaten und Jahren stark zugenommen. Die Wetterextreme, die wir heute erleben, sind Ergebnis der CO₂-Emissionen der letzten Jahrzehnte. Das heißt: selbst wenn heute Klimaschutzmaßnahmen getroffen werden, wird der Klimawandel weitergehen. Die Frage ist nur wie lange und wie stark die Auswirkungen sein werden.

Die Lage ist heute bereits dramatischer als es viele KlimaforscherInnen angenommen haben. So sind etwa in Teilen Kanadas Permafrostböden bereits so stark aufgetaut, wie es erst für 2090 erwartet wurde. Diese geben nun zusätzliche Treibhausgase frei, die wiederum den Klimawandel beschleunigen. Es ist ein sich selbst verstärkender Teufelskreis. So ist es auch mit den Hitzewellen: diese bringen einen weitaus höheren Energieverbrauch und damit CO₂-Ausstoß mit sich (etwa durch Klimatisierung).

Politik und Unternehmen vereint

Die herrschende Politik hat in den letzten Jahren auf zahlreichen Weltklimakonferenzen völlig zahnlose Absichtserklärungen beschlossen. Weitreichende Maßnahmen, die den Herausforderungen des Klimawandels auch nur ansatzweise gerecht werden, wurden keine gesetzt. Stattdessen wurden lieber die Interessen der großen



Unternehmen hofiert. So wurden etwa in den G20-Staaten zwischen 2014 und 2017 die Subventionen für Kohlekraftwerke verdoppelt. Die großen Auto- und Ölkonzerne machen – trotz Abgaskandalen – Milliarden an Profiten.

Die etablierte Politik steht den großen Konzernen in ihrem Wettlauf um gesteigerte Profite und neue Absatzmärkte mit ungeteilter Unterstützung zur Seite. Dass ist in Österreich nicht anders, wie im Rest der Welt. Aber wer vom Kapitalismus nicht reden will, soll auch zum Klimawandel schweigen. Denn eine wirkliche Lösung für diesen wird es in einem Wirtschaftssystem, das auf ständiges Wachstum und die Ausbeutung von Mensch und Natur gegründet ist, nicht geben.

„Grüne“ Mogelpackung

Nun entdecken immer mehr PolitikerInnen ihr „grünes“ Herz. Doch wir sollten uns nicht von ein bisschen grüner Tarnfarbe in die Irre führen lassen. Denn das sind dieselben PolitikerInnen, die vor kurzem noch die Erweiterung des Wiener Flughafens um eine dritte Piste auf Biegen und Brechen

durchgesetzt haben. Der Ibiza-Skandal und die intransparente Parteienfinanzierung zeigen, dass – auch in Österreich – die Großspender die Politik bestimmen und sich die Durchsetzung ihrer Interessen regelrecht kaufen.

Der Klimawandel ist ein noch dringlicheres Problem als jemals zuvor. Wir werden mit immer bedrohlicheren Konsequenzen leben müssen, die Millionen Tote kosten werden: Hitzewellen und Hitzetote, Dürren und Waldbrände, Ernteauffälle und Verteuerung von Lebensmitteln, Unwetter und Überschwemmungen...

Anderer Wirtschaft erkämpfen

Im Kampf gegen den Klimawandel und seine Folgen können wir uns nicht auf die etablierte Politik verlassen. Die Klimabewegung hat weltweit bereits Hunderttausende auf die Straße gebracht und den Klimawandel zum Thema gemacht. So kann es beginnen. Was wir brauchen ist ein anderes Wirtschaftssystem. Eines, das nicht den Interessen einiger weniger dient, sondern die Ausbeutung von Mensch und Natur beendet.

Unsere Stimme im Krankenhaus

Für eine solidarische Basisbewegung

Um die Frage der Optierungsmöglichkeit in das neue Gehaltsschema ist eine Bewegung entstanden, die mit Flashmobs, Kundgebungen und Demonstrationen für Öffentlichkeit gesorgt und auf den Stationen Unterschriften gesammelt hat.

In einigen Krankenhäusern haben sich daraus aktive Aktionskomitees entwickelt. Solche Basisgruppen sind zentral um eine schlagkräftige Bewegung aufzubauen. Sie geben die Möglichkeit, sich bei den Treffen gegenseitig zu informieren und aufzuklären und sind Kontaktmöglichkeit für KollegInnen, die neu aktiv werden. Sie dienen der Diskussion von Forderungen und Entwicklungen sowie der Planung und Organisation von Aktionen.

Oft sind es keine unlösbaren Themen, sondern die Probleme des Arbeitsalltags, die uns das Leben schwer machen. Es gibt Beispiele von KollegInnen, die mit Überlastungsanzeigen zusätzliches Personal bekommen haben und durch Informiertheit und gemeinsames Auftreten eine höhere Einstufung erstritten haben.

Die Treffen solcher Basisgruppen sollten für alle KollegInnen (egal welcher Berufsgruppe) eines oder mehrerer Krankenhäuser offen sein, denn alle MitarbeiterInnen sind für einen reibungslosen Ablauf im Krankenhaus wichtig. Nur wenn wir uns nicht spalten lassen, können wir Forderungen und gute Arbeitsbedingungen gemeinsam durchsetzen – zu unserem Wohl und zu dem der PatientInnen.

Basisgruppen in den Spitälern sind erst der Anfang. In einer größeren Bewegung wird es davon ausgehend eine Organisation der ganzen Krankenhäuser auf den Stationen brauchen – nur so können wirkungsvolle Kampfmaßnahmen wie ein Streik organisiert werden.

Gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen

Diese Forderungen sollten in den Krankenhausgruppen aufgegriffen werden, etliche davon wurden vom Aktionskomitee des Wilhelminenspitals aufgestellt und beim Pflegevernetzungssteffen vorgestellt.

- Mehr Personal! Alle offenen Dienstposten sind zu besetzen. Keine Nacht alleine. Auch nicht, wenn die Nachbarstation mitbetretet.
- Angemessenes Gehalt für wertvolle Arbeit! Möglichkeit der Optierung in das neue Gehaltsschema und/oder Anpassung des alten Schemas an die neuen Gehälter. Volle Berücksichtigung der Vordienstzeiten.
- Altersteilzeit! Es kann nicht sein, dass die Menschen, die sich um Alte und Kranke kümmern, nicht beim älter werden bei dieser schweren Arbeit entlastet werden.
- Gegen Auslagerungen! Immer mehr Bereiche werden an Fremdfirmen vergeben oder mit LeiharbeiterInnen besetzt. Dadurch werden sichere Gemeindedienstposten durch billige prekäre Jobs ersetzt. Für die Rücknahme in die Gemeinde.
- Bessere Arbeitsmaterialien. Nicht die billigsten, sondern qualitätsvolle und nachhaltige Materialien für eine sichere und professionelle Arbeit.
- Keine Millionen für externe Beraterfirmen. Das Geld können wir besser brauchen, das Wissen ist bereits vorhanden.
- Finanzierung des öffentlichen Gesundheitssystems aus den Profiten der Konzerne, die ein Geschäft mit der Gesundheit der Menschen machen.

Diese Forderungen werden uns nicht geschenkt werden, weder von der Regierung, noch von der Direktion oder der Personalvertretung, sondern können nur durch eine starke und bewusste Bewegung der Basis erkämpft werden.

Dienststellenversammlungen

Die FSG kündigt an, dass sie im Oktober in allen KAV-Häusern Dienststellenversammlungen organisieren wird. Lasst uns diese Versammlungen nutzen. Bewerben wir die Versammlungen unter unseren KollegInnen. Bestehen wir auf das Recht daran teilnehmen zu dürfen – mit der Konsequenz, dass ein Notbetrieb organisiert werden muss. Bereiten wir uns darauf vor, um die richtigen Fragen stellen zu können und unsere Vorschläge dort zu diskutieren.

#Optierungjetzt

Im FSG-Infoblatt heißt es, dass Ende Dezember eine Entscheidung über die Optierungsmöglichkeit in das neue Gehaltsschema durch die Stadt Wien getroffen werden soll. Machen wir bis dahin weiter Druck und passen auch auf, dass wir bei der Entscheidung nicht übergangen werden. Sollte es zur Optierungsmöglichkeit kommen, müssen die Vordienstzeiten angerechnet werden. KollegInnen bei denen sich eine Optierung nicht auszahlt, müssen Abschlagszahlungen erhalten.

KH Nord: Wo ist das Personal?

Von der Politik wird weiterhin geleugnet, dass es Personalmangel gibt. Ganz deutlich zeigt es sich aber an der Kinder- und Jugendpsychiatrie im Krankenhaus Nord. Die Abteilung ist wegen ÄrztInnenmangel nur tagsüber geöffnet. Am Nachmittag fahren die ÄrztInnen zum Teil mehrmals die Woche in ein anderes Spital, um ihren Dienst zu beenden. PflegerInnen, die für die beiden Stationen eingestellt worden sind, werden auf andere Stationen aufgeteilt. Ebenso etliche SozialpädagogInnen, PsychologInnen und TherapeutInnen. Wie lange hatten die Verantwortlichen nochmal Zeit um sich vorzubereiten? Baubeginn war 2010 ...